Stand: 10.11.2025 14:37:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/723

"Gesundheitsversorgung für Asylsuchende reformieren, gleichwertige Behandlung sicherstellen!"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/723 vom 12.02.2014
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4451 des SO vom 25.11.2014
- 3. Beschluss des Plenums 17/4754 vom 10.12.2014
- 4. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 10.12.2014



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

12.02.2014 Drucksache 17/723

Antrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gesundheitsversorgung für Asylsuchende reformieren, gleichwertige Behandlung sicherstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bund dafür einzusetzen, dass Asylsuchenden eine Gesundheitsversorgung gewährt wird, die den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung entspricht.

Begründung:

Ärztliche und zahnärztliche Behandlung wird nach § 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) nur bei akuter Erkrankung und Schmerzzuständen zugesichert. Die Gesetzgebung führt in der Praxis dazu, dass Flüchtlinge meist nicht ausreichend medizinisch versorgt werden. Erkrankungen, die anfangs noch behandelbar wären, entwickeln sich so mitunter zu vermeidbaren Notfällen. Auch minderjährige Flüchtlinge müssen monatelang mit gesundheitlichen Einschränkungen leben, obwohl diese durch einfache Behandlung geheilt werden könnten.

Das Bundesverfassungsgericht setzte mit seinem Urteil vom 18. Juli 2012 der Diskriminierung von Asylsuchenden durch das AsylbLG deutliche Grenzen. Die Geldleistungen wurden erhöht, nachdem sie vom Bundesverfassungsgericht als "evident unzureichend" angesehen wurden (1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11). An der Ungleichbehandlung bei medizinischer Versorgung und an der u.E. daraus resultierenden Diskriminierung wird jedoch weiterhin festgehalten. Diese Praxis widerspricht dem Geist des Urteils, nach dem Asylsuchende mit anderen Hilfsbedürftigen gleichgestellt werden sollen.

Behandlungen können zusätzlich zum § 4 auch nach § 6 des AsylbLG übernommen werden, wenn die Maßnahme zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich ist. Über diese Ermessensleistung entscheidet eine Sachbearbeiterin oder ein Sachbearbeiter des zuständigen Amtes.

Durch die Maßgaben der §§ 4 und 6 des AsylbLG und deren Umsetzung in der Praxis wird u.E: gegen das Recht auf ärztliche Versorgung verstoßen (Art. 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte). Es entspricht nicht dem Recht auf eine menschenwürdige Behandlung, wenn Asylsuchende erst darauf warten müssen, dass eine Erkrankung akut – und daraus resultierend oft lebensgefährlich – werden muss, bis sie behandelt wird.

Die diskriminierenden Sondergesetze für Flüchtlinge sollten umgehend abgeschafft und eine Integration in die soziale Regelversorgung ermöglicht werden. Asylbewerberinnen und Asylbewerber sollten die gleiche gesundheitliche Versorgung erfahren, die deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern durch die gesetzlichen Krankenkassen zugesichert wird.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

25.11.2014 Drucksache $1\overline{7/4451}$

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 17/723

Gesundheitsversorgung für Asylsuchende reformieren, gleichwertige Behandlung sicherstellen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: Christine Kamm Mitberichterstatter: Thomas Huber

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen haben den Antrag mitberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 13. November 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Enthaltung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

 Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 25. November 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 19. Sitzung am 25. November 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Enthaltung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Angelika Weikert

Stellvertretende Vorsitzende



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

10.12.2014 Drucksache 17/4754

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 17/**723**, 17/**4451**

Gesundheitsversorgung für Asylsuchende reformieren, gleichwertige Behandlung sicherstellen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Protokollauszug 33. Plenum, 10.12.2014

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln

beraten werden (s. Anlage 22)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Nummer 4 der Anlage zur Tagesordnung.

Der Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein und Reinhold Strobl (SPD) betref-

fend "Großstädte entschlacken – was soll das heißen, worauf müssen sich die Städte

einstellen?", Drucksache 17/2652, ist von der Tagesordnung abzusetzen. Er soll erst

im Plenum am 29. Januar 2015 einzeln beraten werden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Frak-

tionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 22)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise des jeweili-

gen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste ein-

verstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CSU, SPD, FREIE

WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. –

Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 14)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Gesundheitsversorgung für Asylsuchende reformieren, gleichwertige Behandlung sicherstellen! Drs. 17/723, 17/4451 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Querschnittsförderung der Betreuungsvereine erhöhen – Ehrenamt stärken Drs. 17/2287, 17/4672 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Markus Ganserer, Thomas Gehring u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sonderlösung Anwärter Forstdienst Drs. 17/2410, 17/4649 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl SPD Großstädte entschlacken – was soll das heißen, worauf müssen sich die Städte einstellen? Drs. 17/2652, 17/4686 (A) [X]

der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD) Einstellungsangebot für junge Lehrerinnen und Lehrer Drs. 17/2676, 17/4431 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	A

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Reform des Sexualstrafrechts – Schutzlücken bei sexuellen Übergriffen schließen und Istanbul-Konvention umsetzten! Drs. 17/2766, 17/4661 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		Z

7.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Moratorium bei TTIP-Verhandlungen nach neuer Spionageaffäre Drs. 17/2767, 17/4590 (A)			ER)	
	Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A		Z	
8.	Antrag der Abgeordnet Prof. (Univ. Lima) Dr. F Aufnahme des Bairisch Mundarten in die Euro Drs. 17/2770, 17/4592	Peter Bauer u.a. und F nen und bayerisch-frär päische Charta der Re	raktion (FREIE WÄHL nkischer bzw. schwäbis	scher	
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	1	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
9.	Antrag der Abgeordnet Bernd Kränzle u.a. CS Basiskonten für Menso Drs. 17/2845, 17/4662	U hen mit geringem Einl	•		
	Votum des federführer Verfassung, Recht und				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	团				
10.	Antrag der Abgeordner Thomas Gehring u.a. u Bericht zum LehrplanP Drs. 17/3095, 17/4616	ınd Fraktion (BÜNDNI LUS an Grundschuler	S 90/DIE GRÜNEN)		
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bestrafung von Vergewaltigungen Drs. 17/3210, 17/4671 (A)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO: Gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Oliver Jörg u.a. CSU Förderung der Medienkompetenz an Schulen und in der außerschulischen Jugendarbeit Drs. 17/3311, 17/4657 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Wolfgang Fackler u.a. und Fraktion (CSU)
Zukunfts- und wettbewerbsfähige wehrtechnische Industrie vorantreiben! Drs. 17/3361, 17/4659 (G)

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO: Gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	ENTH		A

14.	Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
	Halal aus Bayern – Chancen für heimische Erzeuger nutzen
	Drs. 17/3369, 17/4680 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	A

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Engerlingplage in Obstanbaubetrieben – Sicherung der Arbeitsplätze in den bäuerlichen Familienbetrieben Drs. 17/3396, 17/4681 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Heinrich Rudrof, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Aktionsjahr Waldnaturschutz Drs. 17/3414, 17/4682 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Qualifizierte Ersthilfe vor Ort durch First Responder fördern Drs. 17/3543, 17/4656 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Annette Karl, Horst Arnold u.a. SPD
Zukunft der wehrtechnischen Industrie in Deutschland und Europa Drs. 17/3654, 17/4660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Bernhard Seidenath u.a. CSU Leitfaden für die Tätigkeit örtlicher Einrichtungen organisierter Erster Hilfe (Ersthelfergruppen) in Bayern Drs. 17/3799, 17/4507 (E)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 GeschO: Gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Irreführung beenden – Landtag entscheidet über gesamten Staatshaushalt Drs. 17/4179, 17/4570 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht zu den Ergebnissen des Kommunalgipfels Drs. 17/4178, 17/4582 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Sportförderung Curling unbedingt erhalten! Drs. 17/4182, 17/4583 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Dem Curling Chancen für die Zukunft geben!
Drs. 17/4196, 17/4577 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
Bericht zur weiteren Entwicklung des Bundesstützpunkts Curling in Füssen Drs. 17/4197, 17/4578 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	ENTH		

25. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD

Grundrecht auf freie Ausbildungs- und Berufswahl ernst nehmen: Mehr Masterstudienplätze schaffen und Übergang Bachelor / Master erleichtern Drs. 17/325, 17/4663

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Überprüfung Einstufung Bodensee nach EG-Wasserrahmenrichtlinie

Uberprüfung Einstufung Bodensee nach EG-Wasserrahmenrichtlinie Drs. 17/3715, 17/4658

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Dr. Simone Strohmayr u.a.
SPD

Bericht zur Beschulung von Flüchtlingskindern in Bayern Drs. 17/4074, 17/4684

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Angelika Weikert, Martin Güll u.a. SPD Unterrichtsversorgung von dezentral untergebrachten Flüchtlingskindern und jugendlichen sicherstellen Drs. 17/4079, 17/4685

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD Umsetzung der Evaluation der Polizeireform bei den Präsidien Drs. 17/4323, 17/4653

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

der den Antrag für erledigt erklärt hat